

15. September 2008

## **„Bleibt nur noch das Signalrot der Linken“**

### **„Demonstration gegen Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenbau“ vor dem Landtag**

Unüberhörbar die kämpferische Stimmung am 11. September vor der Bannmeile des Landtags, wo etwa 1500 Menschen dem erneuten Aufruf der Bürgerallianz zur „Demonstration gegen Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenbau“ gefolgt waren.

Peter Hammen, der Landesvorsitzende, betonte den Skandal, dass die Thüringer im Bundesvergleich „geringstes Lohnniveau und Vermögen, aber die höchsten Kommunalabgaben“ haben. Ungerecht und unzeitgemäß seien die Zwangsbeiträge. Die Landesregierung müsse sie abschaffen und „das rechtliche Chaos beseitigen“. Entsprechende Forderungen wurden zum Abschluss der Demonstration in einer Willenserklärung an den Thüringer Ministerpräsidenten verabschiedet, wo es u.a. hieß, dass die „Veränderungen im Thüringer Kommunalabgabengesetz nicht ausreichend“ sind und „viele Bürger weiterhin durch die ungerechte, zwangsweise Beitragserhebung bedroht sind“.

Weder von der Landesregierung noch von der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion waren Redner gekommen. Mit umso größerer Zustimmung wurden die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Dieter Hausold, begleitet. „Die Landesregierung darf durch ihr Nichthandeln die Betroffenen nicht weiter verhöhnen“, hatte er betont und auf die Überzeugung der LINKEN in Thüringen verwiesen, „dass eine für Bürger und Kommunen zufrieden stellende Lösung der Probleme im Bereich der Kommunalabgaben perspektivisch nur durch eine konsequente Abschaffung der Beiträge möglich ist“. Auf Druck der Opposition im Landtag sei es gelungen, dass „das Land seine ursprüngliche Absicht der Streichung der Zinsbeihilfe nicht mehr verfolgt“. Dies zeige, „Widerstand und Protest lohnen sich“, sie „gehören ganz selbstverständlich zur Demokratie“.

Die konsequente Haltung der LINKEN, deren kommunalpolitischer Sprecher Frank Kuschel sich hier besonders einsetzt, wurde mehrfach angesprochen und gewürdigt. Pfarrer Wieland Hartmann aus Sonneborn, der sich diesmal mit einem „Herzog-Ernst-Marsch für die Demokratie“ auf den Weg von Gotha nach Erfurt gemacht hatte, überreichte ihm ein Luther-Bild. Zuvor hatte er unmissverständlich erklärt: „Die CDU ist nicht mehr christlich, die SPD längst nicht mehr sozial, das Grün der Grünen ist welk, bleibt nur noch das Signalrot der Linken.“

Wie groß der Ärger und die Wut der Betroffenen sind, wurde an den Redebeiträgen der Vertreter der Bürgerinitiativen deutlich. „Recht haben und Recht bekommen, das musste ich lernen, sind zwei verschiedenen Seiten“, sagte Ralf Hühn vom Bündnis für Gebührengerechtigkeit Arnstadt. Aber er berichtet auch mit Stolz über die erfolgreiche Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren für mehr kommunale Demokratie in Thüringen. So hätten in Neusiß (bei Arnstadt) mehr als 68 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben, womit sie den zweiten Platz in Thüringen erreichten. „Der Fingerzeig war das Volksbegehren, die Faust wird das Ergebnis am Wahlabend sein“, kündigte er unter tosendem Beifall an.

Den Bürgern müsse vor den Wahlen reiner Wein eingeschenkt werden, forderte Wolfgang Kleindienst von der Bürgerinitiative Pößneck, und er betonte, dass sie „genau hinschauen“ werden, „wer welche Antwort gibt“. Im nächsten Jahr müsse es darum gehen, in den Kommunalparlamenten und damit auch in den Zweckverbänden andere Mehrheiten zu schaffen.

Zum Abschluss kündigten sie an, im kommenden Frühjahr wieder vor den Landtag zu ziehen, das wäre dann hier die dritte Demonstration der Bürgerallianz innerhalb eines Jahres.

*A. Rudolph*